

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung

Sitzungstermin: Donnerstag, 06.08.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Beratungsraum 1a/b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Andrea Krönert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

reguläre Mitglieder

| | | |
|------------------------|-----------------------|--|
| Andreas Engelmann | DIE LINKE.PARTEI | |
| Anne Mucha | SPD | |
| Rainer Bauer | CDU/UFR | |
| Franziska Raeuber | CDU/UFR | |
| Claudia Schulz | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Vertretung für: Stephan Porst bis 18:30 Uhr |
| Arno Pöker | SPD | |
| Reinhart Kühner | Rostocker Bund | |
| Daniela Grant | Rostocker Bund | Vertretung für: Marc Hannemann |
| Julia Kristin Pittasch | FDP (fraktionslos) | |

beteiligte Ortsbeiräte

Dr. Kathrin Maaß Ortsbeirat Reutershagen

Verwaltung

| | |
|----------------------|---|
| Holger Matthäus | Senator für Infrastruktur, Umwelt und Bau |
| Ralph Maronde | Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft |
| André Beutel | Zentrale Steuerung |
| Dr. Michaela Selling | Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen |
| Ullrich Böttner | Amt für Umwelt- und Klimaschutz |
| Ronald Lange | Amt für Umwelt- und Klimaschutz |

Gäste

| | |
|----------------------------|------------------------|
| Christian Jentzsch | WIRO |
| Sven Olsen | IHK zu Rostock |
| Rainer Schwarzbach | OBR Reutershagen |
| Ines und Ulf Schlegelmilch | Anwohner |
| Stefan Wiedmer | Verkehrsverbund Warnow |

Abwesend

reguläre Mitglieder

| | | |
|----------------|-----------------------|--------------|
| Robert Kröger | DIE LINKE.PARTEI | entschuldigt |
| Stephan Porst | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | entschuldigt |
| Marc Hannemann | Rostocker Bund | entschuldigt |

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.06.2020
- 4 Anträge
 - 4.1 Dr. Kathrin Maaß (für den Ortsbeirat Reutershagen) Erstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Reutershäger Weg **2020/AN/1072**
abgelehnt
 - 4.1.1 Erstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Reutershäger Weg **2020/AN/1072-01 (SN)**
zur Kenntnis gegeben
 - 4.2 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion Antragsstopp Gewerbeparkausweise **2020/AN/1164**
Abstimmung entfallen
 - 4.2.1 Antragsstopp Gewerbeparkausweise **2020/AN/1164-01 (SN)**
zur Kenntnis gegeben
 - 4.2.2 Anke Knitter (für den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus) Antragsstopp Gewerbeparkausweise Änderungsantrag P 0003 ungeändert beschlossen
 - 4.3 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion Situationsanalyse Bewohnerparkgebiete **2020/AN/1168**
ungeändert beschlossen

- | | | |
|-------|--|---|
| 4.3.1 | Anke Knitter (für den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus) Situationsanalyse Bewohnerparkgebiete Änderungsantrag P 0004 | ungeändert beschlossen |
| 5 | Beschlussvorlagen | |
| 5.1 | Maßnahmepaket zugunsten der regionalen Wirtschaft | 2020/BV/1139 ungeändert beschlossen |
| 6 | Informationsvorlagen | |
| 6.1 | Konzeption Ordnung und Sauberkeit in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2020/2021 | 2020/IV/1106 zur Kenntnis gegeben |
| 7 | Verschiedenes | |
| 7.1 | Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä. | |
| 7.2 | Weitere Informationen | |
| 8 | Schließen der Sitzung | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Krönert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig zugegangen und durch Aushang bekannt gemacht worden. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 11 Mitgliedern oder deren Stellvertreter anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Frau Krönert informiert, dass Herr Dennis Striggow (FDP) sein Mandat als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses niedergelegt hat.

2 Änderung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit der Erweiterung der Nachtragstagesordnung (Stellungnahme Nr. 2020/AN/1164-01 (SN), Änderungsanträge P0003 und P0004) einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.06.2020

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird mit 9 Fürstimmen, keiner Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

4 Anträge

4.1 Dr. Kathrin Maaß (für den Ortsbeirat Reutershagen)

2020/AN/1072

Erstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Reutershäger Weg

Frau Dr. Maaß stellt den Antrag mit einer Präsentation und einer Tischvorlage vor. Herr Maronde erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Ein Bebauungsplan regelt lediglich Art und Maß der Bebauung, legt aber nicht die Umsetzung, z.B. im Hinblick auf die Entwässerung, fest.

Herr Jentzsch zeigt ein Schrägluftbild der bestehenden Bebauung. Dieses zeigt, dass sich die geplante Bebauung in die Umgebung einfügt. Ursprünglich waren 4 Geschosse angedacht. Die WIRO hat die Geschossigkeit bereits auf 3 reduziert. Die Baumfällungen sind mit vorliegender Genehmigung erfolgt. Das in der Präsentation gezeigte Foto der überfluteten Außenanlagen ist vor Anlage eines Rigolensystems entstanden. Sollte es im Herbst zu weiteren Überflutungen kommen, werden weitere Maßnahmen vollzogen.

Frau Pittasch berichtet, dass Herr Müller im Bau- und Planungsausschuss u.a. sagte, dass eine städtebauliche Dominante herangezogen werden kann, aber nicht muss. Im Baugesetzbuch ist festgelegt, dass für das Maß der baulichen Nutzung nur die Bebauung im engeren Umkreis heranzuziehen ist. Fremdkörper sollen außer Acht gelassen werden, da sie nicht maßstabsgebend sind. Zudem äußerte Herr Müller, dass ein Bebauungsplan an dieser Stelle nur für eine Bebauung mit Einfamilienhäusern Sinn macht. Frau Pittasch weist darauf hin, dass bei einer Bebauung grundsätzlich das Gebot der Rücksichtnahme gilt. Es sollte ein Kompromiss mit den Anwohnern angestrebt werden.

Frau Grant stimmt dem zu. Die Verwaltung muss auf die Wünsche der Bürger eingehen. Eine einvernehmliche Lösung sollte gefunden werden.

Herr Pöker sagt, dass die Verwaltung mit der Schaffung von Wohnraum beauftragt ist. Im Einzelfall muss sicherlich eine Abwägung seitens der Politik erfolgen. Da der Bauantrag (nach §34 BauGB) für das Vorhaben auch im Bau- und Planungsausschuss behandelt werden muss, erfolgt bereits eine entsprechende Beteiligung der Politik. Herr Pöker spricht sich gegen den Antrag aus. Bei einer neuen Bebauung wird es immer Proteste von Anwohnern geben.

Frau Schulz erkundigt sich, warum abweichende Angaben für den Abstand zu den Söllen gemacht wurden. Herr Maronde erläutert, dass die Festlegungen hierzu durch die Untere Naturschutzbehörde getroffen werden. Da sich die Sölle nicht in der freien Landschaft, sondern an einem integrierten Standort befinden, wird ein reduzierter Abstand realisiert. Dieser Abstand ist jedoch größer als der aktuell zu der Bebauung (Garagen).

Frau Krönert sagt, dass das eigentliche Problem in der Kommunikation liegt. Die Bebauung selbst ist positiv zu sehen. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung spricht sie sich für flächensparendes Bauen aus.

Herr Engelmann merkt an, dass ein Bebauungsplan die Probleme vor Ort nicht lösen wird. Zudem würden durch dessen Erstellung viele Ressourcen gebunden werden.

Auch Frau Mucha sieht in der Erstellung eines Bebauungsplans zusätzliche Kosten und eine Verzögerung im Bauablauf. Hinzu kommt, dass sich die Fraktionen der Bürgerschaft für Wohnungsbau in Rostock ausgesprochen haben. Daher ist Frau Mucha gegen den vorliegenden Antrag.

Herr Bauer sagt, dass durch einen Bebauungsplan hochpreisiger Wohnraum gefördert werde, wodurch es zu einem weiteren Fortschreiten der Segregation kommt. Er weist ebenfalls auf die Dauer und die Kosten eines Bebauungsplans hin. Die neue bzw. geplante Bebauung fügt sich in die Umgebung ein. Herr Bauer informiert, dass die Regenentwässerung zukünftig erneuert und in diesem Zuge auch die Straße ertüchtigt wird. Der erste Abschnitt ist bereits fertig gestellt.

Herr Pöker erläutert, dass mit einer Bebauung nach §34 BauGB geltendes Recht umgesetzt wird. Da bereits Baugenehmigungen erteilt und Häuser gebaut worden sind, ist eine Veränderungsperre für das Bauleitplanverfahren u.U. unzulässig.

Frau Dr. Maaß beklagt, dass der Abstand zu den Söllen zu gering ist und dass das stehende Wasser auf den Grundstücken auf den hohen Versiegelungsgrad zurückzuführen ist. Der politische Auftrag zum Wohnungsbau ist aus ihrer Sicht nicht notwendig. In diesem Zusammenhang führt sie an, dass es im Jahr 2019 305 Zuzüge gab und 953 Wohnungen gebaut wurden.

Frau Dr. Maaß sagt, dass der Ortsbeirat und die Bürgerinitiative nicht gegen die Höhe der Gebäude sind, sondern ein Gesamtkonzept für diesen Stadtbereich fordern.

Herr Maronde informiert, dass an einem Freiraum- und Erschließungskonzept (Bereich vom Schwanenteich bis zur Niederung) gearbeitet wird und lädt den Ortsbeirat zur Zusammenarbeit ein. Herr Engelmann schlägt vor dieses Konzept zum Jahresende im Ausschuss zu präsentieren.

Abstimmung:

| | |
|---------------|---|
| Dafür: | 3 |
| Dagegen: | 6 |
| Enthaltungen: | 0 |

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|---|
| Angenommen | |
| Abgelehnt | x |

Anlage 1 Flächennutzungsplan_2009_Reutershäger Weg_Kuphalstraße
Anlage 2 B-Plan_Reutershäger Weg_Kuphalstraße-komprimiert

4.1.1 Erstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Reutershäger Weg 2020/AN/1072-01 (SN)

Die Stellungnahme wird den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Antragsstopp Gewerbeparkausweise

Herr Bauer stellt den Antrag vor.

Frau Pittasch stellt fest, dass die Verwaltung seit 2014 mehrfach den konkreten Auftrag erhalten hat, ein digitales und transparentes Verfahren für die Beantragung einer Ausnahmegenehmigung für Gewerbetreibende und Freiberufler zu entwickeln. Das aktuelle Formular ist jedoch analog, noch komplexer und das Verfahren noch willkürlicher. Kriterien zur Schaffung von Transparenz fehlen vollständig.

Herr Pöker spricht sich gegen den Antrag aus. Bei der Erteilung der Ausnahmegenehmigungen handelt es sich um eine Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis – einschließlich Ermessungsspielraum. Das derzeitige Verfahren sollte nicht gestoppt, sondern überprüft werden. Aus diesem Grund ist dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Frau Raeuber verdeutlicht noch einmal, dass es bei dem Antrag nicht um die Gebühren geht, sondern lediglich um das intransparente Verfahren.

Frau Krönert stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Rederecht für Herrn Olsen. Die Mitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Herr Olsen führt aus, dass es ein überarbeitetes und mit der IHK abgestimmtes Formular gegeben hat. Nach der Freigabe durch die IHK hat es jedoch Änderungen gegeben. Er bewertet das jetzige Verfahren ebenso als intransparent ohne klare Kriterien.

Die Abstimmung zum Antrag entfällt, da dem ersetzenden Änderungsantrag Nr. P0003 zugestimmt wurde.

4.2.1 Antragsstopp Gewerbeparkausweise**2020/AN/1164-01 (SN)**

Die Stellungnahme wird den Mitgliedern zur Kenntnis gegeben.

4.2.2 Anke Knitter (für den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus) Antragsstopp Gewerbeparkausweise**Änderungsantrag P 0003**

Der Änderungsantrag wurde bereits hinreichend mit dem Hauptantrag erläutert.

Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert und durch eine Frist ergänzt:
Im ersten Satz wird das Wort „stoppen“ und der letzte Satz des Beschlussvorschlages gestrichen.

Sachverhalt:

Der Beschlussvorschlag lautet wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Antragsverfahren für eine Ausnahmegenehmigung für Gewerbetreibende und Freiberufler (Bewohnerparken) ein neues, transpa-

rentes Konzept für Parkmöglichkeiten für Gewerbetreibende und Freiberufler gemeinsam mit deren Interessenvertretern und Vertretern der Politik zu entwickeln und umzusetzen.

Termin: 30.11.2020

Abstimmung:

| | |
|---------------|---|
| Dafür: | 9 |
| Dagegen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|---|
| Angenommen | x |
| Abgelehnt | |

Anlage 1

P 0003

4.3 Daniel Peters für die CDU/UFR-Fraktion

2020/AN/1168

Situationsanalyse Bewohnerparkgebiete

Frau Raeuber stellt den Antrag vor. Herr Matthäus informiert, dass bereits eine neue Erfassung und Bewertung (einschließlich Befahrung) der Bewohnerparkgebiete vorgesehen ist. Die im Antrag genannte Frist kann jedoch nicht eingehalten. Daher bittet Herr Matthäus um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Frau Pittasch fügt hinzu, dass die Bewohnerparkgebiete 2014 überprüft worden sind und ganz unterschiedliche Probleme in den jeweiligen Gebieten bestehen.

Abstimmung:

| | |
|---------------|---|
| Dafür: | 9 |
| Dagegen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|---|
| Angenommen | x |
| Abgelehnt | |

4.3.1 Anke Knitter (für den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus) Situationsanalyse Bewohnerparkgebiete

Änderungsantrag P 0004

Der Änderungsantrag wurde bereits hinreichend mit dem Hauptantrag erläutert.

Beschluss:

Der Termin im Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:
Die Ergebnisse sind der Bürgerschaft bis 30. Juni 2021 vorzulegen.

Abstimmung:

| | |
|---------------|---|
| Dafür: | 9 |
| Dagegen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|---|
| Angenommen | x |
| Abgelehnt | |

Anlage 1

P 0004

5 Beschlussvorlagen

5.1 Maßnahmepaket zugunsten der regionalen Wirtschaft

2020/BV/1139

Herr Matthäus stellt die Beschlussvorlage vor. Die Förderung beim Kauf von E-Autos und Fahrrädern (Anlage Punkt 2) erhielt keine Zustimmung seitens des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus.

Frau Dr. Selling bezieht sich auf die kulturellen Maßnahmen. Der Kulturausschuss hat das Maßnahmepaket zugunsten der regionalen Wirtschaft positiv votiert. So können beispielsweise die Einnahmeausfälle der Musikschule Carl Orff reduziert, Kulturträger unterstützt bzw. Existenzen gesichert werden.

Herr Engelmann spricht sich ebenfalls gegen Punkt 2 der Anlage aus. Es sollten stattdessen diejenigen prämiert werden, die auch tatsächlich mit dem ÖPNV fahren wollen. Frau Grant stimmt zu.

Frau Mucha merkt an, dass auch die organisatorische Umsetzung schwierig werden könnte.

Herr Pöker schlägt vor einen entsprechenden Änderungsantrag zu stellen:

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Punkt 2 der Anlage "Maßnahmepaket zugunsten der regionalen Wirtschaft" wird gestrichen.

Sachverhalt:

Die Förderung von Formen umweltfreundlicher Mobilität durch eine Bezuschussung des Kaufs von E-Autos und Fahrrädern in Form von ÖPNV-Gutscheinen kommt zwar dem System des ÖPNV in Rostock zugute, fördert jedoch nicht unbedingt die Personengruppen, bei denen eine Bereitschaft zur Nutzung des ÖPNV besteht. Mit dem Kauf eines E-Autos bzw. Fahrrads hat der Käufer bereits die Entscheidung für ein anderes Transportmittel getroffen. Zudem wird die organisatorische Umsetzung dieser Fördermaßnahme als schwierig angesehen.

Abstimmung Änderungsantrag:

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Dafür: | 9 |
| Dagegen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

| | |
|------------|---|
| Angenommen | x |
| Abgelehnt | |

Abstimmung Beschlussvorlage:

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|---|
| Dafür: | 9 |
| Dagegen: | 0 |
| Enthaltungen: | 0 |

| | |
|------------|---|
| Angenommen | x |
| Abgelehnt | |

6 Informationsvorlagen

6.1 Konzeption Ordnung und Sauberkeit in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock 2020/2021

2020/IV/1106

Herr Böttner stellt die Informationsvorlage einschließlich der Änderungen gegenüber zum Vorjahr vor. In der Innenstadt und in Warnemünde sollen im kommenden Jahr die Unterflurbehälter zurückgebaut und mit solarbetriebenen Pressbehältern ersetzt werden. Zwar sind die Investitionskosten im Vergleich höher, die Unterhaltskosten jedoch fallen geringer aus.

7 Verschiedenes

7.1 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä.

Frau Krönert informiert zum Wettbewerb Stadtpark, welcher aus zwei Stufen besteht. Die 1. Stufe hat bereits stattgefunden. Die 2. Stufe findet im November 2020 statt. Die sechs ausgewählten Büros sind dazu aufgerufen ihren Entwurf mit Hinblick auf die Vorschläge der Jury sowie aus der Beteiligung entsprechend zu überarbeiten. Ein Sieger soll bis zum Jahresende gekürt werden.

Am 07.08.2020 findet die Auswertung der Ergebnisse der Mehrfachbeauftragung (3 Büros) für das Wohn- und Sondergebiet am Südring (Groter Pohl) statt. Frau Krönert nimmt an der Veranstaltung teil.

Im Juni 2020 gab es eine Ideenwerkstatt für den Stadtbereich Osthafen-Petridamm- Warnowquartier mit Experten sowie Vertretern aus Politik und Stadtgesellschaft. Mittelfristiges Ziel ist die Erstellung eines Rahmenplans.

Herr Engelmann bittet darum, dass in der nächsten Sitzung zum Hochwasserschutz im Stadthafen und in Warnemünde berichtet wird.

Frau Grant mahnt, dass das Fahrradforum nicht über den Antrag zur Verlängerung des Berichtszeitraumes Radverkehrsbericht (Vorlage Nr. 2020/AN/0878) informiert war. Eine Abstimmung wäre wünschenswert gewesen.

7.2 Weitere Informationen

Es werden keine weiteren Informationen vorgetragen.

8 Schließen der Sitzung

Frau Krönert schließt die Sitzung.

Frau Andrea Krönert

Frau Nadine Gentz